



Von: **Habel Franz-Reinhard** franz-reinhard.habel@dstgb.de
 Betreff: Koalitionsausschuss zum Flüchtlingsgipfel: Statement Dr. Landsberg und Ergebnisliste der Koalitionsrunde
 Datum: 7. September 2015 07:15

An: **Barbara Beckmann-Roh** mail@ssgt.de, **Karl-Ludwig Böttcher** ute.schmelzer@stgb-brandenburg.de, **Jörg Bülow** info@shgt.de, **Jürgen Busse** juergen.busse@bay-gemeindetag.de, **Dr. Marco Trips** trips@nsgb.de, **Roland Schäfer** buergermeister@bergkamen.de, **Mischa Woitscheck** mischa.woitscheck@ssg-sachsen.de, **Andreas Wellmann** wellmann@stgt-mv.de, **Karl-Christian Schelzke** k-c.schelzke@hsgb.de, **Jürgen Dieter** dieter@hess-staedtetag.de, **Uwe Brandl** uwe.brandl@abensberg.de, **Roger Kehle** roger.kehle@gemeindetag-bw.de, **Jürgen Leindecker** j.leindecker@sgsa.info, **von Allwörden Jochen** info@staedteverband-sh.de, **Bernd Schneider** bernd.schneider@kommunen-in-nrw.de, **Wolfgang Neutz** neutz@staedtetag-rlp.de, **Ralf Rusch** s.haubenschild@gstb-th.de, **Heiger Scholz** behla@nst.de, **Vorzimmer OB Radtke** Oberbuergermeister@norderstedt.de, **Ralph Spiegler** ralph.spiegler@vg-nieder-olm.de
 Kopie: **Landsberg Dr. Gerd** gerd.landsberg@dstgb.de, **Timm Fuchs** timm.fuchs@dstgb.de, **Uwe Lübking** uwe.luebking@dstgb.de, **Zimmermann Uwe** uwe.zimmermann@dstgb.de, **Norbert Portz** norbert.portz@dstgb.de, **Birgit Pointinger** birgit.pointinger@dstgb.de, **Alexander Handschuh** alexander.handschuh@dstgb.de, **Daniela Muß** daniela.muss@dstgb.de, **Janina Salden** janina.salden@dstgb.de

Sehr geehrte Frau Beckmann-Roh, sehr geehrte Herren, nachstehende sende ich Ihnen ein erstes Statement und einen Kurzüberblick über die Ergebnisse der Koalitionsrunde von gestern Abend zu. Mit freundlichen Grüßen Ihr Franz-Reinhard Habel

Stand: 7.9.2015 6:50 Uhr

Statement DStGB-Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg zum Koalitionsausschuss

- **Maßnahmenkatalog richtiger Ansatz**
- **Überforderung der Kommunen nimmt zu**
- **Schnelle Umsetzung notwendig**

Der Deutsche Städte-und Gemeindebund hat die Ergebnisse der Koalitionsrunde von Sonntagabend begrüsst. Kommunen und Ländern drei Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen ist ein wichtiger Schritt. Es muss allerdings sichergestellt werden, dass das Geld tatsächlich bei den Kommunen ankommt und die Leistungen den Flüchtlingszahlen angepasst werden. Richtig ist die Aufstockung des Bundesfreiwilligendienstes um bis zu 10.000 neue Stellen. Das ist ein Signal für die Unterstützung des Ehrenamtes bei der Flüchtlingshilfe und auch eine Chance für einen Teil der Flüchtlinge selbst. Notwendig sind allerdings auch zusätzliche Stellen in den Kommunen, bei der Verwaltung, in Kitas und Sozialeinrichtungen. Auch die Reduzierung verzichtbarer Standards beim Bau von Unterkünften entspricht einer Forderung des DStGB.

Es ist überfällig, dass die Südbalkanstaaten und Albanien zu sicheren

Herkunftsländern erklärt werden. Wir erwarten das vor dem Hintergrund der dramatischen Situation der Bundesrat dieses mitträgt.

Auch die Absicht 150.000 Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen von Bund und Ländern zu schaffen, muss jetzt schnell umgesetzt werden. Es wäre eine deutliche Entlastung, wenn Personen ohne Bleibeperspektive in diesen Einrichtungen bleiben, nicht auf die Kommunen verteilt werden, sondern von dort ausreisen müssen oder abgeschoben werden.

Der Appell, ein neues europäisches Verteilungssystem aufzubauen, ist längst überfällig.

Alle diese beschlossenen Maßnahmen werden aber nicht kurzfristig, sondern allenfalls mittelfristig die Lage vor Ort entspannen können. Viele Kommunen sind längst überfordert, weil die Zuweisung von den Erstaufnahmeeinrichtungen der Länder in die Kommunen immer kurzfristiger erfolgt und selbst behelfsmäßige Unterkünfte wie Zelte oder Traglufthallen immer schwieriger zu organisieren und einzurichten sind. Auch das Personal, was seit Monaten unter einem enormen Druck die Herausforderungen bewältigt, ist zunehmend überfordert.

Zur kurzfristigen Entlastung der Situation sollte die Einrichtung von sog. Hotspots in den Herkunftsländern vorgesehen werden. Auch die Verfahrensregelungen im Asylrecht müssen vereinfacht werden, um die Entscheidungen zu beschleunigen. Dazu kann auch gehören, dass bei Antragstellern aus sicheren Herkunftsländern ein gerichtliches Verfahren die Abschiebung oder Ausreise nicht hemmt, sondern die weiteren Schritten vom Herkunftsland aus betrieben werden müssen.

Nur mit echter Solidarität gegenüber den wirklich Verfolgten und mit konsequenter Optimierung und Anwendung unseres Rechts werden wir die Probleme lösen können. Dabei muss der Grundsatz gelten: „Weniger Reden mehr Handeln“.

.....
Die Ergebnisse im Überblick: (Auszug dpa)

- Der Bund will im Haushalt 2016, der in dieser Woche im Bundestag erstmals

beraten wird, seine Ausgaben um drei Milliarden Euro erhöhen. Zusätzlich sollen Länder und Kommunen ebenfalls drei Milliarden Euro bekommen.

- Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von etwa 150 000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge unterstützen. Der Aufenthalt dort soll höchstens sechs Monate dauern.
- Bei der Bundespolizei werden 3000 zusätzliche Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen, der Bundesfreiwilligendienst soll um bis zu 10 000 neue Stellen aufgestockt werden.
- Kosovo, Albanien und Montenegro werden durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt. Asylsuchende aus diesen Ländern können dann schneller abgewiesen werden.
- In den Erstaufnahmeeinrichtungen sollen Asylbewerber statt Bargeld Sachleistungen erhalten.
- Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von sechs auf drei Monate reduziert.
- Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten. In den Jobcentern soll das Personal aufgestockt werden.

Deutschland steht zu seinen humanitären und europäischen Verpflichtungen "und erwartet dies ebenso von seinen Partnern". Dazu gehörten die Einhaltung der Dublin-III-Regeln und Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Die Entscheidung vom Wochenende, Tausende Flüchtlinge aus Ungarn nach Deutschland zu holen, "soll eine Ausnahme bleiben".